

Bericht

des Finanz- sowie Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 131 der Beilagen) betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) und das Landeshaushaltsgesetz über das Jahr 2007 (Landeshaushaltsgesetz 2007) sowie über eine Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes

Der Finanz- sowie der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss haben sich in gemeinsamen Beratungen am 14. und 15. November 2006 sowie nach Unterbrechung aus Anlass des Ablebens von Abg. Mag. Apeltauer (SPÖ) abschließend am 29. November 2006 geschäftsordnungsgemäß eingehend mit der zitierten Vorlage der Landesregierung betreffend den Haushaltsplan, das Landeshaushaltsgesetz sowie eine Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes befasst.

Es waren alle Mitglieder der Landesregierung; der Leiter der Abteilung 8, Hofrat Dr. Paulus, die Leiterin des Referates 8/02, Frau Mag. Rathgeber, und deren Mitarbeiter, Herr Mittermair sowie Landesrechnungshofdirektor Mag. Dr. Müller anwesend. In der Spezialdebatte zu den einzelnen Voranschlagsgruppen waren die jeweils zuständigen Bediensteten der Landesverwaltung anwesend.

Weiters lagen allen Mitgliedern des Landtages der Erste und Zweite Finanzbericht 2006 sowie die mittelfristige Finanzvorschau 2006 bis 2010 vor. Neben dem Landesvoranschlag und dem Landeshaushaltsgesetz sowie der Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes wurden zwei Petitionen und ein Initiativantrag in den zuständigen Ausschüssen verhandelt.

Jedenfalls sieht der Entwurf des Landesvoranschlages für das Jahr 2007 folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

1. Ordentlicher Haushalt:

Einnahmen	1.761.804.600,-- €
Ausgaben	1.761.804.600,-- €

2. Außerordentlicher Haushalt:

Einnahmen	49.542.100,-- €
Ausgaben	49.542.100,-- €

3. Gesamthaushalt:

Einnahmen	1.811.346.700,-- €
Ausgaben	1.811.346.700,-- €

Neben dem Antrag auf Beschlussfassung des Landesvoranschlages, des Landeshaushaltsgesetzes und der Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes werden in der Vorlage der Landesregierung noch folgende Willensbildungen empfohlen:

- Die dem Landesvoranschlag angeschlossenen Fondsvoranschläge der Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit werden ebenfalls genehmigt.
- Der Auflösung der Beteiligung des Landes Salzburg an der Zukunft Land Salzburg AG zum Nominale von € 10 Mio wird zugestimmt.
- Die Landesregierung wird gemäß Art 48 Abs 1 L-VG ermächtigt, für Darlehen der Salzburger Landeskliniken Betriebsgesellschaft mbH (SALK), die für Zwecke der Durchführung von Investitionen im Rahmen des jeweils von der Landesregierung genehmigten Investitionsplanes aufgenommen werden, die Haftung zu übernehmen. Von dieser Ermächtigung darf nur insoweit Gebrauch gemacht werden, als
 - die Höhe der Investitionen insgesamt und in Bezug auf die einzelnen Investitionsmaßnahmen von der Landesregierung genehmigt sind,
 - die Investitionen nicht durch Rücklagen, Investitionszuschüsse des Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES), durch Investitionszuschüsse des Landes oder sonstige Einnahmen abgedeckt werden können und
 - die Bedienung der Darlehen (Zinsen und Tilgung) durch die SALK im Rahmen ihres jährlichen Gebarungsergebnisses erfolgt.

Im Übrigen wird auf die Vorlage der Landesregierung sowie die allen Abgeordneten zur Verfügung gestellten Materialien zum Landesvoranschlag verwiesen.

Für den Landesvoranschlag 2007 gelten folgende Voraussetzungen:

Schwerpunkte im Landesvoranschlag:

Im Jahr 2007 kommt es zu deutlichen Ausweitungen bei den Ausgaben für die Gesundheit, die Altenbetreuung, die Verbesserung der Kinderbetreuung und Wirtschaftsförderung, dem Start von Rekordinvestitionen im Landeskrankenhaus sowie die internationale Anerkennung des Nationalparks Hohe Tauern. Dies ist durch den vorgelegten Landesvoranschlag 2007 möglich, für den sparsames Wirtschaften Voraussetzung ist.

€ 1,8 Mrd Budgetrahmen:

Der ordentliche Haushalt des Landes umfasst im Jahr 2007 € 1,762 Mrd (2006: € 1,707 Mrd). Im außerordentlichen Haushalt ist für Investitionen in Höhe von rund € 50 Mio vorgesorgt.

Das Budget des Landes kann in zwei Bereiche unterteilt werden. Einerseits gibt es die disponiblen Einnahmen, mit denen die Landesregierung und der Landtag arbeiten. Auf der anderen Seite stehen zweckgebundene Einnahmen des Landes. Dazu gehören beispielsweise die Gehälter der Lehrer oder die Zuweisung aus der Gesundheitsfinanzierung für das Personal der landeseigenen Krankenanstalten. Die disponiblen Einnahmen des Landes werden im kommenden Jahr rund € 607 Mio betragen. Im Landesvoranschlag 2006 waren bereits € 577 Mio eingeplant gewesen.

Gute Wirtschaftslage:

Der Landesvoranschlag 2007 wurde vor dem Hintergrund einer gut laufenden Konjunktur erstellt. Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO geht im Jahr 2006 von einem realen Wirtschaftswachstum von 3,1 % und 2007 von 2,5 % aus. Die gute wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich auch in höheren Steuereinnahmen nieder. Die Ertragsanteile des Landes werden deswegen nominal um rund 4 % ansteigen.

Wohin fließt das Geld:

Laut dem Vorschlag für den Landesvoranschlag 2007 werden sich die €1,8 Mrd im ordentlichen Haushalt wie folgt verteilen: € 427 Mio für Gesundheit, € 405 Mio für soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, € 367 Mio für Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, € 215 Mio für Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, € 93 Mio für Straßen und Wasserbau sowie Verkehr, € 69 Mio für die Wirtschafts- und Landwirtschaftsförderung, € 42 Mio für Kunst, Kultur und Kultus, € 6 Mio für öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie € 1,7 Mio für Dienstleistungen. Zusätzlich entfallen € 137 Mio auf die Finanzwirtschaft (hier handelt es sich einnahmenseitig vor allem um Transferzahlungen vom Bund an das Land, ausgabenseitig um Überweisungen vom Land an die Gemeinden sowie den Schuldendienst).

10 % mehr für Gesundheit:

€ 430 Mio wird das Land Salzburg für die Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung im Jahr 2007 ausgeben. Nur € 252 Mio werden dem Land davon rückerstattet. Unter dem Strich bedeutet dies, dass das Land Salzburg im kommenden Jahr um 10 % mehr für die Gesundheit ausgeben wird.

Gesundheitsausgaben im engeren Sinn:

Die größten Anteile dabei sind die Abgänge der SALK und die geplanten Investitionen. Die SALK planen 2007 Ausgaben von rund € 370 Mio, davon sind durch eigene Einnahmen und über die Krankenanstaltenfinanzierung rund € 310 Mio gedeckt. Der verbleibende Abgang, voraussichtlich € 58,5 Mio muss der Eigentümer, das Land Salzburg, zahlen. Dieser Abgang ist zur Gänze im Haushalt 2007 eingeplant.

Gleichzeitig beginnen die größten Investitionen der Krankenhausgeschichte. Rund € 117 Mio werden zur Zeit allein in die drei größten Projekte investiert. Zur Zeit laufen die Bauarbeiten für die moderne Innere Medizin (€ 46,5 Mio). 2007 soll mit dem Bau des Kinderzentrums (€ 30,6 Mio) begonnen werden. Auch ist der Neubau der Orthopädie (€ 40,4 Mio) eingeplant. Dieser Investitionsschub wird das "St. Johannis Spital" grundlegend verändern und Verbesserungen für die Salzburger Bevölkerung bringen.

Für das Personal der SALK allein sind € 220 Mio eingeplant. Das sind rund € 13 Mio mehr als 2006. Diese Gesamtausweitung bildet den Rahmen für Personalausbau, reguläre Lohnerhöhungen, außerordentliche Erhöhungen und Vorrückungen. Weiters zahlt das Land Beiträge zum Gesundheitsfonds, für Gesundheitsvorsorge und für die Abgänge von Gemeinde- und Ordensspitälern.

Die Alterung der Bevölkerung schlägt sich im Landesvoranschlag 2007 nicht nur in steigenden Gesundheitskosten, sondern auch in Ausgaben für Pflege und Altenbetreuung nieder. Die Ausgaben für die öffentliche Wohlfahrt werden auf € 232 Mio steigen. Der überwiegende Teil dieser Ausgaben sind Pflichtausgaben. Das bedeutet, dass ein gesetzlicher Anspruch auf diese Gelder bei den Bedürftigen oder den sie betreuenden Institutionen besteht.

Gleichzeitig greift die nächste Stufe der Schlüsseländerung im Sozialbereich. Bekanntlich entlastet das Land die Städte und Gemeinden bei ihren Beiträgen, in dem Schritt für Schritt die Aufteilung der Kosten zu deren Gunsten verändert wird. Diese Maßnahme führt dazu, dass die Kostensteigerung in der Alten- und Behindertenbetreuung die Gemeinden nur abgeschwächt trifft.

Kinderbetreuungsgesetz eingeplant:

Seit 2004 steigen in Salzburg die Ausgaben für Kinderbetreuung deutlich an. Von € 18,8 Mio werden die Ausgaben des Landes bis 2007 auf € 23,0 Mio ansteigen. Das bedeutet eine Steigerung um 22 %.

Das zusätzliche Geld für die Kinderbetreuung ist in zwei Kategorien zu unterteilen:

1. für die Erhöhung der Anzahl der Betreuungsplätze und
2. für die Verbesserung der Qualität. Seit 2004 wurde vor allem in die Ausweitung der Anzahl der Plätze investiert.

2007 soll das neue Kinderbetreuungsgesetz in Kraft treten und Akzente für die Verbesserung der Qualität setzen. Bekanntlich kommt es – neben anderen Verbesserungen – zu einer schrittweisen Absenkung der höchstzulässigen Anzahl von Kindern pro Gruppe. Die Finanzierung dieses Qualitätssprungs ist genauso eingeplant, wie die Tagesbetreuung.

Arbeit schaffen:

Um die exzellenten Daten des Salzburger Arbeitsmarktes abzusichern, wird das Land auch 2007 umfangreich investieren. Im außerordentlichen Haushalt stehen € 49,5 Mio zur Verfügung.

Zum zweiten wird mehr Geld denn je für aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Noch nie zuvor steuerte das Land so viel zur Arbeitsmarktpolitik bei wie 2007.

Schließlich wurde die für die Baubranche und Wohnungssuchenden sehr wichtige Wohnbauförderung abgesichert. Im Unterschied zu vielen anderen Ländern hält Salzburg die Wohnbauförderung aufrecht und veräußert keine Wohnbaudarlehen. Damit ist sichergestellt, dass die Investitionen weiter fließen und damit Arbeitsplätze gesichert werden.

Mobilisierung von Wirtschaftsgeldern:

Eingeplant ist für das Jahr 2007 weiters der Ausstieg aus der Zukunft Land Salzburg AG. Das Land ist an dieser Gesellschaft noch mit einer Nominalbeteiligung von € 10 Mio beteiligt. Die Erlöse werden der heimischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden und in einen Wachstumsfonds bzw in den Ausbau der Tourismusschule Bad Hofgastein fließen.

Auch "oben" sparen:

Bei der Parteienförderung wurde erneut vereinbart, dass die Parteien nicht die für sie gesetzlich vorgesehenen Summen erhalten. Pro Abgeordneten müssen die Parteien auf € 5.000,-- im Vergleich zu den gesetzlich vorgesehenen Werten verzichten. Auch bei der Eigenwerbung kommt es zu weiteren Kürzungen. Für Presse und Werbung gab es 2004 noch € 465.000,--, 2007 werden es nur € 31.000,--. Die Verfügungsmittel für die einzelnen Regierungsmitglieder wurden ebenfalls erneut gekürzt. Bei Repräsentation und Ehrungen erfolgt nach den Kürzungen der vergangenen Jahre im Jahr 2007 kein Inflationsausgleich.

Sparsame Verwaltung:

Bei der Verwaltung wird ebenfalls weiter gespart. Mit dem Budget wird beschlossen, dass ein Aufnahmestopp mit Augenmaß weiter bestehen wird. Das bedeutet, dass es Aufnahmen nur in Ausnahmefällen geben kann, wie zB für Lehrlinge oder Behinderte oder bei besonders wichtigen Positionen. Der Personalstand des Amtes der Salzburger Landesregierung wird daher weiter sinken; Ziel ist die Effizienzerhöhung in der Verwaltung und eine Reduktion von Aufgaben. Eingespart wurde auch bei den Sachausgaben der Verwaltung.

Kein Verkauf des "Familiensilbers":

Nicht angetastet werden die Firmenbeteiligungen wie von Salzburg AG, Salzburg Airport und GSWB.

Keine Schulden für laufende Ausgaben:

Mit netto € 0,-- an neuen Schulden gelingt es dem Land Salzburg unter dem Schuldenstand zum Zeitpunkt des Kassasturzes anlässlich des Regierungswechsels zu bleiben. Die Planungen gehen davon aus, dass der Schuldenstand des Landes Ende 2007 bei € 437 Mio liegen wird. Beim Kassasturz anlässlich des Regierungswechsels 2004 waren es € 440 Mio.

Vergleich mit anderen Ländern:

Wie ist aber Salzburgs Null-Defizit einzuordnen? Ein Blick auf die Probleme anderer Länder zeigt, dass vielerorts große Schwierigkeiten bestehen, die Neuverschuldung einzudämmen:

- In Niederösterreich hat man bereits einen Landesvoranschlag für das Jahr 2007 beschlossen, der eine zusätzliche Neuverschuldung von mehr als € 232 Mio vorsieht.

- In Oberösterreich hat man bereits die Wohnbauförderungsdarlehen verkauft. Der daraus resultierende Ertrag von ursprünglich mehr als € 1 Mrd wird im kommenden Jahr fast zur Gänze verbraucht sein. Um den laufenden Haushalt zu bedienen, werden Anteile an der Energie AG verkauft.
- Tirol, das lange Zeit eine ähnlich stabilitätsorientierte Finanzpolitik wie Salzburg verfolgte, wird im kommenden Jahr voraussichtlich einen Abgang von € 59 Mio verzeichnen.
- In Kärnten sieht der aktuelle Entwurf des Landesvoranschlages eine Nett-Neuverschuldung von € 65,7 Mio vor.
- In Wien wird für 2007 mit einem administrativen Abgang von € 138 Mio gerechnet.
- Im Burgenland wird ausgeglichen budgetiert, es fließen dafür Teile der Wohnbauförderung ins Budget.
- In der Steiermark drohte zuletzt eine Nett-Neuverschuldung von mindestens € 105 Mio.

Zusammenfassung:

In der Landesregierung trugen alle Partner den Stabilitätskurs mit. Zu Beginn der Gespräche waren ein strukturelles Defizit von € 36 Mio und Politikerwünsche von weiteren € 36 Mio abzutragen. Dies sei durch Rücknahme von Wünschen, verbesserte Einnahmenprognosen des WIFO, den angestrebten Verkauf der verbleibenden Anteile an der Zukunft Land Salzburg AG, das Vorziehen von Maßnahmen ins Jahr 2006, Immobilienverkäufe und Dividendeneinnahmen sowie die Kürzung bei den Subventionen möglich geworden.

Generaldebatte:

Zu Beginn der Generaldebatte gibt Frau **Landeshauptfrau Mag. Burgstaller** einen Überblick über die wichtigsten Schwerpunktsetzungen im Landesvoranschlag. Bei den Ausgaben könnten als besondere Schwerpunkte das Gesundheitswesen mit einer Steigerungsrate von 10 %, der Bereich der Landeskliniken, die Altenbetreuung, die Kinderbetreuung und die Wirtschaftsförderung samt der Unterstützung des Arbeitsmarktes genannt werden. Weiters enthalte der vorgeschlagene Landeshaushalt Rekordinvestitionen im Krankenhaus von ca € 117 Mio bis in das Jahr 2010. Dazu komme, dass das Land Salzburg sich um viele Problembereiche angenommen habe, die auch vom Land zu lösen waren. So sei es gelungen, die internationale Anerkennung des Nationalparks und die damit erforderliche Finanzierung zu erreichen. Ebenso konnte das Ziel, keine Neuverschuldung einzugehen, abermals mit dem vorliegenden Budget eingehalten und erreicht werden. Dies gelang nur angesichts der hohen Budgetdisziplin beim Vollzug des bisherigen Budgets und bei der Entwicklung des künftigen Landesvoranschlages. Dafür gilt auch der besondere Dank der gesamten Landesregierung, vor allem aber dem für Finanzen ressortzuständigen Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus sowie dem Team der Finanzverwaltung. Dieses Ziel der Null-Neuverschuldung konnte naturgemäß auch Dank der

jüngsten günstigen Konjunkturdaten erreicht werden. Wichtig wäre nunmehr auch, dass im kommenden Jahr – im Falle der Bewilligung des Landesvoranschlages – dieser entsprechend umzusetzen sei.

In den weiteren Äußerungen zur Generaldebatte wird auf die vorliegenden Petitionen und den Zivilschutz eingegangen. Man wolle insbesondere beim Zivilschutz einen entsprechenden Maßnahmenkatalog entwickeln

Abschließend ersucht Frau Landeshauptfrau Mag. Burgstaller um breite Zustimmung zum Budgetentwurf.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus führt eingangs aus, dass ein Budget vorgelegt worden sei, welches ein sehr pragmatisches sei. Die Spielräume 2007 seien zwar größer als in den vorangegangenen Jahren, aber nicht groß genug, um sämtliche Wünsche zu erfüllen. Es sei aber dem Budget eine sehr optimistische Sicht zu Grunde gelegt worden. Man gehe in ein neues Jahr mit dem Optimismus aus 2006 hinein. Das Jahr 2006 sei sehr überraschend gewesen. Das Bruttoregionalprodukt im Land Salzburg dürfte mit 3,2 % um einen Zehntelpunkt höher liegen als das bundesweite Bruttonationalprodukt. Für diese überaus erfreuliche Entwicklung gebe es folgende Gründe:

Die Exporte haben gewaltig angezogen und die Investitionen waren sehr stark gewesen, der Konsum habe leicht angezogen, die Beschäftigungslage habe sich verbessert und die Umsätze seien kräftig gestiegen. Alles zusammen ergebe ein verbessertes Wirtschaftswachstum von über 3 %. Das führe dazu, dass man mit den Vorgaben für das Budget gut zu Rande kommen werde. Der geringfügige Überschuss werde zum einen zur Abdeckung des Verlustvortrages von 2005 führen und darüber hinaus können einige Leistungen vorgezogen erbracht werden. Und man könne sich bei der Budgetierung für 2007 auch darauf einlassen, dass Reserven aus dem Jahr 2006, die in der Verwaltung entstehen, auch ins Jahr 2007 mit hinüber genommen werden können, um den Übergang zu erleichtern. Nach Stand der Wirtschaftsforscher soll eine leichte Abschwächung des Wirtschaftswachstums eintreten – aktuell 2,5 %. Aber man bleibe optimistisch.

Zur Einnahmenentwicklung wird Folgendes ausgeführt: Man gehe von steigenden Einnahmen in Höhe von rund 4 % aus. Man gehe weiters von der Eckposition aus, dass die Schulden des Landes nicht erhöht werden. Am Jahresende werde man bei € 437 Mio stehen – diesen Stand wolle man halten. Für die Bevölkerung sollen keine neuen Belastungen eingeführt werden. Die Sparsamkeit in der Verwaltung soll fortgesetzt werden. Ansonsten wäre es nicht möglich, neue politische Anliegen zu verwirklichen. Denn nur auf Grund dieser Sparsamkeit auf der einen Seite und dem Wachstum auf der anderen Seite sei es möglich, Neues zu beginnen. Am meis-

ten steigen die Anforderungen in allen Krankenanstalten des Landes. Dramatisch sei, dass auch die von den Gemeinden und Orden geführten Krankenanstalten seit einigen Jahren nicht mehr in der Lage seien, sich selbst mit den Einnahmen zu erhalten, obwohl diese best geführte Organisations- und Wirtschaftseinheiten darstellen. Alle Bundesländer leiden unter der fehlenden neuen Finanzierung des Gesundheitswesens insgesamt. Veränderungen seien dringend notwendig. Salzburg liege mittlerweile voraussichtlich bei gut € 60 Mio Abgang. Die Zunahme an Patienten und Behandlungsfällen steige überdurchschnittlich an. Der jährliche Zuwachs beträgt 4 %. Dies sei auf die Alterung der Bevölkerung insgesamt zurückzuführen. Ab 60 Jahren komme es zu mehr Behandlungsfällen und stationären Aufenthalten. Derzeit sei jeder fünfte Salzburger über 60 Jahre alt, in 25 Jahren werde jeder dritte Salzburger über 60 Jahre alt sein. Damit gehen die Entwicklungen der steigenden Aufwendungen im Pensionsbereich, im Seniorbetreuungsfall und im Krankenhausbereich einher.

Am Leistungssystem im Sozialbereich einschließlich des geförderten Wohnbaues werde festgehalten. Für die Personal- und Pensionskosten sei vorgesorgt worden. Bei den Personalkosten wird angenommen, dass die Gehaltssteigerung etwa 2 % betragen werde. Die Differenz von 0,35 % werde schließlich € 470.000,-- Mehrkosten in der Verwaltung allein verursachen. Diese Mehrkosten sollen im Rahmen der Personalverwaltung aufgefangen werden, was mit großem Engagement und Bemühen möglich gemacht werden soll. Die Jahresentwicklung sei derzeit noch nicht genau abschätzbar. Die Pensionen werden erhöht werden, die Belastungen dafür seien im Zahlenwerk eingerechnet.

Das strukturelle Defizit des Landesvoranschlages sei nicht verschwunden. Die mittelfristige Finanzprognose sei mit den aktuellen Daten neu erstellt worden und daraus sei zu entnehmen, dass das Strukturdefizit zwischen € 35 Mio und € 40 Mio betrage. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus weist ausdrücklich darauf hin, dass dies ernst zu nehmen und nicht weg zu zaubern sei. Es bleibe eine sehr ernste Aufgabe für die Zukunft. Die Regierung habe sich gemeinsam bemüht, die Finanzlücke wieder zu schließen. Es werden noch immer € 100.000,-- pro Tag zu viel ausgegeben. Es handle sich dabei um bestehende Verpflichtungen. Diese Lücke könne nur mit Auflösung von Reserven, Vermögen und Rücklagen geschlossen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Lücke vor einigen Jahren schon jenseits von € 50 Mio bestanden habe. Durch das ständige gemeinsame Bemühen seien Fortschritte erzielt worden, aber es konnte nicht zur Gänze weggebracht werden, weil der Regierung immer wieder neue dringende Anliegen der Bevölkerung nahe gelegt werden. Man sei natürlich bemüht, die Anliegen der Bevölkerung zu erfüllen, zB die Verbesserung der Kinderbetreuung. Diese soll nächstes Jahr wirksam werden. Als weiteres Beispiel nennt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus die internationale Anerkennung des Nationalparks Hohe Tauern, die dauerhafte Kosten nach sich ziehe und auf das Strukturdefizit drücke.

Allerdings habe durch die Stabilisierung des Schuldenstandes die Pro-Kopf-Verschuldung unter € 800,-- gehalten werden können. Damit liege man im Bundesländer-Ranking im guten Mittelfeld. Bei dieser Gelegenheit wird zum Schuldendienst auch angemerkt, dass für die Schulden mehr als € 17 Mio an Zinsen bezahlt werden müssen, wenngleich bei der Finanzierung eine sehr optimierte Zinsen- und damit Kostenstruktur für die Bedienung der Schulden aufgewiesen werden könne. 3,2 % für € 437 Mio sei ein sehr gutes Ergebnis, das auf das Bemühen der Finanzabteilung zurückzuführen sei. Weiters sei das aktive Finanzmanagement hilfreich, für die Veranlagungen des Landes ein optimiertes Ergebnis zu erzielen, sodass schlussendlich das Minus für die Zinsenlast in ein Plus geändert werden könne. Dies sollte in der Bewertung insgesamt positiv gesehen werden. Ohne eine Aktivierung des Vermögensstandes wäre es unmöglich, zu diesem Ergebnis zu kommen.

Man habe sich bemüht, für die Zukunft Land Salzburg (ZLS) eine Lösung zu finden. Im Jahr 2007 werde mit Zustimmung des Landtages die Beteiligung aufgelöst und werden die Mittel wirtschaftlichen Belangen zugeordnet. Davon gehen € 5 Mio an einen Wachstumsfonds im Rahmen der Wirtschaftsförderung, € 2 Mio werden als Investitionshilfe dem Um- und Ausbau der Tourismusschule in Bad Hofgastein gewidmet. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus hofft, dass dieser Lösungsvorschlag positiv gesehen werde.

Die Neuerungen seien schon umrissen:

- Kinderbetreuung,
- Jugendförderung,
- internationale Anerkennung NHPT,
- Verstärkung der Wirtschaftsförderung.

Neben der Sparsamkeit erwähnt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus besonders das Bemühen, dass im Haushalt eine hohe Investitionsquote gegeben werde. So gut und soweit es möglich sein werde, werden € 50 Mio direkt in Investitionen fließen, eigene Anlagen, die verbessert werden und fremde, die unterstützt werden, um damit insgesamt ein möglich hohes Investitionsvolumen auszulösen. Dies sei im Landeshaushalt beinhaltet.

Abschließend weist Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus darauf hin, dass natürlich viele Probleme bleiben. Das Hauptproblem sei, dass die Aufgaben für das Land sehr stark wachsen, dass der Bund immer noch versucht sei, Aufgaben, die dieser verfassungsgemäß und von der Finanzlage her verwirklichen und tragen müsste, auf die Länder – manchmal auch auf die Gemeinden – zu übertragen. Es gebe die schleichende Übertragung ohne Mittel bei unzähligen Beispielen wie zB im Nahverkehr, bei der öffentlichen Verwaltung etc. Es werde immer wieder versucht, durch Änderung der Bundesgesetze schlussendlich auch die Länder zur Kasse zu

bitten. Es werde sich das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiterhin altersmäßig nach oben entwickeln und es bleibe dringend die Finanzierung der Gesundheitsausgaben neu und besser als bisher zu regeln. Dies seien die Schwerpunkte, die mit der Problemlage übereinstimmen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus bringt abschließend seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Landtag dem Vorschlag der Landesregierung am Ende ihrer Beratung die Zustimmung erteilen könne.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer führt aus, dass es wieder gelungen sei, bei steigenden Aufgaben und vorhandenem strukturellem Defizit einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Dies werde aber immer schwieriger. Sein besonderer Dank gilt Hofrat Dr. Paulus, Frau Mag. Rathgeber und Herrn Mittermair (alle Abteilung 8). Darüber hinaus lobt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer das konstruktive Verhandlungsklima innerhalb der Regierung. Zwei Punkte des Budgets seien hervorzuheben:

Erstens keine Neuverschuldung und zweitens das gemeinsame Ziel der Landesregierung, nämlich die Stärkung von Arbeit und Wirtschaft zum Wohle des Landes und seiner Bevölkerung.

Gegen die geplante lineare Kürzung der Ermessenförderung habe sich die ÖVP gewehrt, weil dies zu einer Arbeitsunfähigkeit geführt hätte. Große Sorgen bereite die Entwicklung im Bereich der Krankenanstalten. Die Zuschüsse des Landes an die Krankenanstalten haben sich mehr als verfünffacht und bewegen sich nahe € 60 Mio. Die Sozialausgaben haben sich von 2003 mit € 174 Mio bis 2007 auf € 230 Mio erhöht. Mit der demographischen Entwicklung und der medizinischen Weiterentwicklung gelange man in äußerste Nöte, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Es werde für Bund und Land die Kernaufgabe der Zukunft sein, eine Gesundheitsstruktur zu schaffen, die vertretbare Kosten und eine optimale medizinische Versorgung, aber auch ein Netz für sozial Schwache und Benachteiligte garantieren. Um all das leisten zu können, brauche es auch eine florierende Wirtschaft. Die Wirtschaftsförderung sei in den vergangenen Jahren weit unter ein Prozent des gesamten Budgets gekürzt worden. Mit der Gründung eines Wachstumsfonds sei eine richtige Entscheidung getroffen worden, die neue Impulse ermögliche. Es werde intensiv daran gearbeitet, mit dem Vorentwurf zur Wirtschaftsförderung sei im neuen Jahr zu rechnen. Das vorliegende Budget sei kein "großer Aufreger", aber es sei ein ausgeglichenes Budget mit Schwerpunktsetzungen. Für die Kinderbetreuung stünden im nächsten Jahr € 1,3 Mio zur Verfügung. Für die Volkskultur konnte eine Steigerung von 7 % erreicht werden. Eine weitere Kürzung hätte ein breites Unverständnis hervorgerufen.

Trotz der Kürzungen im Landwirtschaftsbereich konnten fast € 1 Mio für die Entwicklung des ländlichen Raumes zusätzlich bereitgestellt werden. Es sei eine strukturpolitische Kernaufgabe

der Landesregierung, dass es auch im ländlichen Bereich die gleichen Chancen wie im Zentralraum gebe. Auch für die erneuerbare Energie konnten zusätzlich € 500.000,-- dotiert werden. Konjunkturell gesehen könne Salzburg 2006 ein besonders gutes Jahr verzeichnen. Dazu hätten die beste Wintersaison seit Bestehen des Wintertourismus, das Mozartjahr, die Rad-WM und die EU-Präsidentschaft beigetragen. Diese Sonderfaktoren würden 2007 fehlen, was eine besondere Herausforderung darstelle. Akzente konnten im Bereich der bisher eher unterentwickelten Forschungsförderung gesetzt werden. Mittlerweile geben Salzburger Unternehmen für Forschung und Innovation mehr Geld aus als die öffentliche Hand.

Finanzielle Sorgen bereite der Verkehrsbereich. Erfolgreich sei man, was das NAVIS betreffe, aber in den anderen Bereichen kämen 2007 größte Herausforderungen auf das Land zu, die in diesem Budget nicht vorgesehen seien.

Hinsichtlich der Verkehrsdienste seien heftige Verhandlungen zu erwarten. Im Bereich der Museen konnte ein kleiner Betrag für die Weiterentwicklung des Museumsleitplanes reserviert werden. Das Investitionsvolumen von € 50 Mio sei nicht "brüllend", stelle aber einen Beitrag zur Konjunktur dar. 2008 werde ein schwieriges Jahr zur Budgetgestaltung werden. Das Strukturdefizit sei nicht bereinigt und es werde immer schwieriger werden. Das Budget 2007 stelle jedenfalls ein ausgeglichenes Budget mit Schwerpunktsetzungen dar, so Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer abschließend in der Generaldebatte.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell (FPÖ) erklärt eingangs, dass die FPÖ dem Budget zustimmen werde. Die FPÖ sehe sich in ihrer Oppositionsrolle in erster Linie als Kontrollorgan. Das Schwierige an einem Budget sei die Umsetzung der Schwerpunkte. Die Schwerpunkte der FPÖ seien die Sicherheit, das Gesundheitswesen und die Bildung. Im Gesundheitswesen habe man einen sehr hohen Standard und das sei auch richtig. Im Gesundheitswesen verwende man viel Geld, um Leben zu retten. Das sei ein Beitrag des sozialen Bewusstseins und der sozialen Verantwortung. Aber man müsse sich auch Gedanken darüber machen, wie man den hohen Standard halten und wie man die wirtschaftliche Situation ohne Einbußen bewältigen könne. Zu kritisieren sei jedenfalls die mangelnde finanzielle Dotation der Sicherheit, auch wenn diese Bundeskompetenz sei. Wenn aber der Bund nicht in der Lage sei, die Sicherheit zu gewährleisten, sei zu überlegen, ob das Land hier einspringe, um das Problem in den Griff zu bekommen. Zu bedenken gibt Klubobmann Abg. Dr. Schnell, dass der Breitensport benachteiligt sei. Erfreulich sei, dass die Regierung hinsichtlich des Großereignisses "Olympia" Vorsicht walten lasse, dies sei sehr sinnvoll. Probleme mache die Verkehrserziehung der Jugend, dafür sollten die Mittel vorhanden sein. Im Großen und Ganzen sei das Bemühen der Regierung erkennbar und das Budget sei in Ordnung.

Bezüglich des Strukturdefizits bringt Klubobmann Abg. Dr. Schnell folgenden FPÖ-Entschließungsantrag ein:

"Die Landesregierung wird beauftragt, dem Landtag bis zum 31. März 2007 einen konkreten Maßnahmenplan zur Beseitigung des strukturellen Defizits des Landes vorzulegen."

In seinen weiteren Ausführungen stellt Klubobmann Abg. Dr. Schnell hinsichtlich der Beantwortungen der Fragen zum Budget fest, dass unterschiedliche Qualitäten bei der schriftlichen Beantwortung der Fragen festzustellen gewesen seien. Man sollte das den zuständigen Bediensteten auch sagen. Abschließend meint dieser, dass ein freiheitlicher Finanzreferent im Budget andere Schwerpunkte setzen würde, aber insgesamt sei das Budget in Ordnung und die FPÖ werde diesem zustimmen.

Abg. Schwaighofer (Die Grünen) stellt fest, dass ein "pragmatisches" Budget vorliege. Es stelle sich aber die Frage, ob es auch ein zukunftstaugliches und zukunftsorientiertes Budget sei. Es habe in der Vergangenheit Entscheidungen gegeben, die nicht zukunftsweisend gewesen seien. Die Grünen hätten in diversen Fällen auch darauf hingewiesen und bekämen jetzt sukzessive Recht. Als Beispiele dafür nennt Abg. Schwaighofer die ZLS, das Museum der Moderne, die Wirtschaftsförderung, die Bildung und das Olympia-Projekt. Gerade das Olympia-Projekt sei ein "Abenteuer-Projekt", vor dem die Grünen eingehend gewarnt hätten. Im Bildungsbereich wird kritisiert, dass

- das Land keine Mittel für den Pflichtschulbereich zur Verfügung stellen wolle,
- die Schülerhöchstzahl nicht gesenkt werden würde,
- die Doppelzählung im Integrationsbereich gestrichen würde sowie
- in der Kinderbetreuung kein Rechtsanspruch realisiert und die Gruppengrößen nicht reduziert würden.

Weiters wird kritisch festgestellt, dass das Land in der Armutsbekämpfung keine großen Schritte vorwärts mache. Der Kostenteilungsschlüssel im Sozialbereich liege immer noch bei 40 zu 60 zwischen Land und Gemeinden. Der Klimawandel sei kein Orchideenthema mehr, sondern sei auch eine entscheidende Zukunftsfrage. Hier fehle eine Ökologisierung der Wirtschaftsförderung. Das Land sei zwar dem Global Marshall Plan beigetreten, es würden aber keine engagierten zukunftstauglichen Maßnahmen dafür gesetzt. Unter dem Thema Sparsamkeit kritisiert Abg. Schwaighofer die Bundesratsförderung des Bundeslandes Salzburg, die eine unglaubliche Selbstbedienung für die Parteien darstelle. Abg. Schwaighofer kündigt einen Abänderungsantrag der Grünen zum Parteienförderungsgesetz an. Zusammenfassend wird abschließend festgestellt, dass das vorliegende Budget sehr pragmatisch nach Sparsamkeitskriterien erstellt worden sei, aber ohne Gestaltungsanspruch für dringende Fragen der Zukunft.

Klubvorsitzender Abg. Mag. Brenner (SPÖ) stellt fest, dass sich die Konjunktur besser entwickelt habe, als prognostiziert. Dadurch sei es erstmals gelungen, an den Wachstumsbereich in Asien und Amerika anzuschließen. Auch in Deutschland habe die Konjunktur angezogen, was sich für das in Österreich vom Export getragene Wirtschaftswachstum sehr positiv auswirke. Allerdings könne die geplante Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland im nächsten Jahr einen negativen "Echoeffekt" auslösen. Auswirkungen werde auch die Zinsentwicklung bringen. Zum einen werde diese die Inflation dämpfen, zum anderen würde das Wirtschaftswachstum gehemmt und zum dritten seien Auswirkungen auf den Zinsendienst des Landes zu erwarten. Weiters seien die für den öffentlichen Haushalt positiven Auswirkungen aufgrund des langsamen Anstieges des privaten Konsums in den letzten Jahren anzumerken. Dabei sei allerdings festzuhalten, dass der private Konsum nicht im gleichen Umfang wie das Wirtschaftswachstum angestiegen sei, was natürlich budgetäre Auswirkungen nach sich ziehe. Weniger Steuereinnahmen bedeuten weniger Ertragsanteile für das Land.

Positiv merkt Klubvorsitzender Abg. Mag. Brenner an, dass die FPÖ das Budget mittragen werde und dass es zum dritten Mal gelungen sei, keine neuen Schulden zu machen sowie kein Landeseigentum zu verkaufen. Das Budget sei trotz aller positiven Effekte kein reich gedeckter Gabentisch, da bei den Ermessensausgaben größere Kürzungen notwendig gewesen seien als ursprünglich geplant. Trotzdem bringe es politische Gestaltungsmöglichkeiten und lasse Zukunftsperspektiven zu.

Die Kinderbetreuung sei das beste Beispiel dafür, dass mit diesem Budget Zukunftsperspektiven aufgebaut und Versprechen eingehalten würden. Die Ausweitung betrage 22 %. Noch nie zuvor sei für diesen Bereich so viel ausgegeben worden. Zum Bildungs- und Wissenschaftsbereich wird festgehalten, dass das Budget für die Erwachsenenbildung konstant gehalten werden konnte und die Akademie der Wissenschaften nach Salzburg zurückgefunden habe. Das sei auf eine entsprechende Dotierung in der Wissenschaftsförderung zurückzuführen. Es würden mehr Mittel für die Brauchtumspflege zur Verfügung gestellt und die Mittel für die moderne Kunst und Kultur fortgeschrieben. Besonders wichtig zu erwähnen sei, dass es gelungen sei, die neuen Anforderungen an die Sozialpolitik zu bewältigen und darüber hinaus eine Entlastung der Gemeinden durch eine Schlüsseländerung (50 zu 50) in der Sozialhilfe zu verwirklichen. Im Gesundheitsbereich würde – so Klubvorsitzender Abg. Mag. Brenner – mehr getan, als die Abgänge abzusichern. € 13 Mio mehr seien für das Personal in den SALK vorgesehen. Außerdem starte 2007 ein Investitionspaket für den Gesundheitsbereich, dessen Größenordnung alles bisher Dagewesene übertreffe. Bis 2010 würden über € 100 Mio in den Gesundheitsbereich investiert werden. Dabei seien ua eine moderne innere Medizin, ein neues Kinderzentrum und ein Neubau der Orthopädie geplant. Es sei überdies gelungen, mit diesem Budget auch die Mittel für die Lawinen- und Wildbachverbauung zu erhöhen. 25 % mehr Geld gebe es für den entwicklungspolitischen Beirat. Salzburg habe ein Budget, das zwar auf Grund der fi-

nanziellen Rahmenbedingungen in vielen Bereichen eingengt sei, aber letztlich sehr wohl in der Kunst des Möglichen wesentliche Eckpunkte gesetzt habe.

Mit diesem Budget könne – so Klubvorsitzender Abg. Mag. Brenner abschließend – der Vergleich mit jedem österreichischen Bundesland aufgenommen werden. Nur in Vorarlberg werde das Gleiche gelingen wie in Salzburg, nämlich ein Budget ohne Neuverschuldung vorzulegen. Es handle sich um ein konstantes und nachhaltiges Budget für die nächste Generation, das zukunftsweisende Ansätze beinhalte und dafür gebühre der gesamten Landesregierung, insbesondere dem Finanzreferenten mit seinem Team, besonderer Dank.

In der Generaldebatte führt **Abg. Mag. Scharfetter (ÖVP)** für dessen Landtagsklub aus, dass sich die Steuerreform des Bundes für die Wirtschaft vorteilhaft entwickelt habe. Sie führte zu einem kräftigen Wirtschaftsimpuls. Das Wirtschaftswachstum Österreichs sei stärker als im EU-Durchschnitt. Wirtschaftspolitisch sei die Konjunkturerholung Deutschlands auch für Österreich maßgeblich. Bemerkenswert sei auch die Entwicklung der Steuereinnahmen. So seien die Erträge aus der Körperschaftssteuer im Bundesland Salzburg in den letzten drei Quartalen um 17,1 % gestiegen. Im Vergleich dazu sei das Lohnsteueraufkommen um 3 % bis 4 % gestiegen. Wenn nunmehr argumentiert werde, dass die Steuerreform große Einnahmehausfälle nach sich zöge, so kann dem entgegengehalten werden, dass durch das Wirtschaftswachstum die Steuerreform relativiert wurde. Es sei an die neue Regierung die Forderung zu richten, weitere große Entlastungsschritte zu setzen. Allerdings werde das die Abschaffung der Gruppenbesteuerung nicht bewirken. Diese Aussage bezog sich auf die angekündigten massiven Steuerentlastungspläne der SPÖ. Danach sei erklärt worden, dass ein Teil der Gegenfinanzierung in der Abschaffung der Gruppenbesteuerung bestehe. Eine solche Maßnahme würde nach Berechnungen des Instituts für Höhere Studien jedoch maximal € 150 Mio bringen, was nur ein Teil der Kosten der Entlastung bedeute. Im Übrigen sprechen sich alle Experten aus standortpolitischen Überlegungen und aus Gründen der Kontinuität eines Steuersystems für die Beibehaltung der Gruppenbesteuerung aus. Die ÖVP begleite auch die Sorge, dass viele Reformen, die bereits gesetzt wurden, wieder zurückgenommen werden sollen. Es stelle sich dann die Frage, wie die Maastricht-Kriterien und das Bekenntnis zu einer moderaten Verschuldung eingehalten werden könnten.

Weiters wird zum Bereich der Wirtschaftsförderung festgehalten, dass die Ökologisierung ein Thema sein werde. Bei der Wirtschaftsförderung gehe es insbesondere um die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe. Die Mittel der „Zukunft Land Salzburg“ konnten für die Wirtschaftsförderung gesichert werden. Der neu zu konzipierende Wachstumsfonds richte sich vor allem an Kleinst- und Kleinunternehmer. Eine Förderung dieser Betriebe ist auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen sinnvoll. Die Schaffung eines Arbeitsplatzes in 200 verschiedenen Betrieben

ergäben 200 sichere Arbeitsplätze, was mindestens so wichtig ist wie die Ansiedlung eines Betriebes mit 200 Arbeitskräften. Die Arbeitsplätze in Kleinstbetrieben seien krisenresistenter.

Aus der Sicht der Wirtschaft sei auszuführen, dass sie nicht nur Forderungen erhebe sondern auch sagt, welche Beiträge sie bereit wäre, zu leisten. Dies wurde am Beispiel der Tourismusabgabe und der Finanzierung der Tourismusförderung bewiesen. Positiv wird gesehen, dass die Beteiligungen des Landes gehalten werden sollen. Gemessen an der volkswirtschaftlichen Ausgangslage konnte ein gutes Budget erzielt werden. Es müsse aber garantiert werden, dass langfristig entsprechend gute Grundlagen erhalten bleiben. Durch das strukturelle Budgetdefizit in Höhe von € 35 Mio bis € 40 Mio sei eine massive Schiefelage vorhanden. Einnahmenseitig bestünde durchaus noch ein Spielraum, indem eine Optimierung der Beteiligungserlöse (Dividendenzahlungen von Flughafen und Salzburg AG) vorgenommen werde und erhebliche Einnahmenreserven mobilisiert werden könnten.

Abschließend bringt auch Abg. Mag. Scharfetter den Dank an die Landesregierung, die Landesverwaltung und insbesondere an die Finanzverwaltung des Landes Salzburg zum Ausdruck.

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller repliziert auf die vorangegangenen Wortmeldungen. Sie geht dabei auf die von Klubobmann Abg. Dr. Schnell (FPÖ) erläuterten Sicherheitsprobleme ein und betont, dass die Zunahme der Kriminalität überwiegend ein städtisches Problem sei. Es sei aber nicht möglich, eine Ersatzpolizei aufzubauen. Man hoffe, dass die künftige Bundesregierung mehr Mittel für die Sicherheit zur Verfügung stellen werde. Zur Entschärfung bzw. Bergung von Kriegsrelikten ist die Landeshauptfrau der Meinung, dass dies eine öffentliche Aufgabe sein müsse. Zum FPÖ-Entschließungsantrag äußert sie sich positiv, mit der Einschränkung, dass die Vorlage des gewünschten Maßnahmeplanes zur Beseitigung des strukturellen Defizits des Landes frühestens im September 2007 möglich sei.

Zu den von Abg. Schwaighofer (Die Grünen) aufgeworfenen Kritikpunkten betont Landeshauptfrau Mag. Burgstaller, dass das Land bewusst keine Mittel für den Pflichtschulbereich übernehmen werde – ausgenommen es gehe gar nicht mehr. In jenen Bildungsbereichen, in denen das Land zuständig sei, werde sehr viel getan. Es sei in den vergangenen Jahren der Fachhochschulbereich stetig ausgebaut worden, ebenso seien im Bereich Wissenschaft und Forschung wichtige Standbeine für die Zukunft geschaffen worden, wie zB die Akademie der Wissenschaft, eine Stiftungsprofessur Strukturbioogie sowie die Möglichkeit eines Technikstudiums. Besonders betont Landeshauptfrau Mag. Burgstaller, dass im Budget 2007 richtige Schwerpunkte gesetzt worden seien und die vier Gesamtschwerpunkte Gesundheit und Soziales, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung klar zu erkennen seien.

Klubvorsitzender Abg. Mag. Brenner (SPÖ) schlägt zum FPÖ-Entschließungsantrag die Frist 30. September 2007 vor. Bis dahin würden die Grundlagen der budgetären Entwicklung vorliegen. Da Strukturen in alle Budgetbereiche eingreifen, wäre es wichtig, dass der Landtag ein Dialogforum finde, gemeinsam über diese hoch ideologischen Fragen in einer Form zu beraten, die nicht in den tagespolitischen Alltag zurückgespielt würden.

Abg. Dr. Reiter (Die Grünen) wirft die Frage auf, wie groß der Handlungsspielraum der Landesregierung, des Landtages bzw der Oppositionsparteien im Land Salzburg wirklich sei, weil es viele Vorgaben und Sachzwänge gäbe und der Gesundheitsbereich schwer abzuschätzen sei. Der vorliegende Finanzbericht zeige sehr gut auf, wie schwierig es sei, Maßnahmen und ihre Wirkung auf das Budget abzuschätzen und wie groß die Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen außerhalb des Landes sei. Darum sei notgedrungen ein großer Pragmatismus mit einer Budgeterstellung verbunden. Dazu weist die Genannte im Zusammenhang mit dem Nationalpark Hohe Tauern darauf hin, dass die Verträge mit den Grundbesitzern mit einer dauerhaften finanziellen Belastung des Landes verbunden seien. Als weitere große Kostenbelastung werde die internationale Anerkennung des NPHT gesehen. Das größte Strukturproblem sei allerdings der Gesundheitsbereich. Ohne Lösung dieses Problems wäre es schwierig, einen Maßnahmenplan zur Beseitigung des strukturellen Defizites zu erstellen. Dieses Problem sei auch politisch sehr schwer zu lösen. Die Investitionen dafür seien nötig und würden sich aufgrund der Erhöhung der Abgänge ständig erhöhen. Daher müsste man zu einer klareren und transparenteren Finanzierung finden. In der Folge wird auf die Kostenproblematik und die Kostenentwicklung im Lebensverlauf hingewiesen.

Zu den Beantwortungen der Fragen zum Budget wird kritisiert, dass diese sehr unterschiedlich ausgefallen seien – zum einen Teil danke sie für die Antworten in manchen Bereichen. Enttäuschend seien die Antworten in bestimmten Angelegenheiten wie zB zum Global Marshall Plan gewesen. Der sei essentiell und wichtig für die weitere globale Entwicklung, weil ein Wettbewerb nach unten stattfindet. Das enorme Wirtschaftswachstum in China und Japan stelle ein großes Problem dar und werde für die Menschen spürbar. Der Beschluss des Landtages, den Global Marshall Plan zu unterstützen, sei daher eine wichtige Maßnahme. Es müsse auf die globalen Wirtschaftsentwicklungen reagiert werden. Die Frage der Grünen, inwieweit diese Maßnahme im Budget zum Ausdruck komme, sei damit beantwortet worden, dass die Abteilung Umweltschutz die Vorgaben bei der Budgeterstellung eingehalten habe und eine Verringerung der Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 2006 zu verzeichnen sei. Mittel müssten durch interne Umschichtung bereitgestellt werden. Diese Antwort sei sehr enttäuschend gewesen. Auch im Hinblick auf jene Menschen, die an entsprechenden Konzepten arbeiten. In diesem Zusammenhang bedauert Abg. Dr. Reiter die Bereitstellung der Mittel für den Wirtschaftswachstumsfonds, weil Wachstum in der Wirtschaft derzeit nach wie vor mit erhöhten Ressourcenverbrauch, geringeren Sozialstandards und mit Abbau von Arbeitsplätzen verbun-

den sei. Wichtiger wäre es, die Energieeffizienzen dramatisch zu verbessern. Daher werden die Grünen den Antrag stellen, den Wachstumsfonds in einen Energieeffizienzfonds umzuwandeln, um in diesem Bereich ein wirklich nachhaltiges Projekt zu starten.

Abg. Essl (FPÖ) betont in Bezug auf den eingebrachten FPÖ-Entschließungsantrag, dass es der FPÖ wichtig sei, dass zu den Vorberatungen für das Budget 2008 entsprechende Unterlagen, dh ein Maßnahmenplan zur Beseitigung des strukturellen Defizits des Landes, vorliegen soll. Als Termin schlägt die FPÖ den 1. September 2007 vor.

Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus begrüßt den FPÖ-Entschließungsantrag. Es wäre möglich, bis 30. September 2007 zu entsprechenden Ergebnissen zu gelangen. Es sei wieder geplant, den Landtag vorab über die aktuelle Budgetsituation des Landes zu informieren. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus lädt alle Fraktionen des Landtages zur Mitarbeit an der Budgeterstellung ein, weil 95 % der Landesmittel durch gesetzliche Maßnahmen, Verordnungen oder Verträge gebunden seien. Also Maßnahmen, in die der Landtag eingebunden sei und die ohne dessen Zustimmung nicht realisiert werden können.

In seiner Replik auf die Debattenbeiträge spricht Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus die Olympiabeteiligung an. Zum Thema Museum weist dieser darauf hin, dass Erfolg und Misserfolg mit oft sehr kostenintensiven Ausstellungen zusammenhängen und die Investitionen dafür vorhanden sein müssen. Die Österreichischen Museen erwirtschaften durchschnittlich zwischen 15 % und 25 % ihres Abganges. Der Rest werde von der öffentlichen Hand bezuschusst.

Zur Kritik an den Bildungskosten verweist der Landeshauptmann-Stellvertreter auf die Zuständigkeit des Bundes. Die Übertragung von Kosten und Aufgaben des Bundes an die Länder erfolge ohnehin schleichend und stetig, wie zB auch beim Nahverkehr. Zur Kinderbetreuung wird betont, dass mit dem neuen Kindergartenjahr die ersten Veränderungen und Verbesserungen eintreten können. Die Armutsbekämpfung erfolge im Rahmen der Möglichkeiten und sei im Budget ersichtlich. Zur Steuerreform meint Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus, dass man daraus viele Lehren ziehen könne. Nächstes Jahr werde man jenen Stand erreichen, der es erlaube, zu sagen, dass die Steuerreform einnahmenseitig zum überwiegenden Teil bewältigt sei. Das noch verbleibende Finanzloch werde man erst 2008 ausgleichen können. Abschließend kündigt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Raus einen schließlich ausgeglichenen Rechnungsabschluss 2006 an, der die Basis für das Budget 2007 darstelle.

Spezialdebatte:

Die Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 46.770.500,-- und Gesamtausgaben von € 214.506.900,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 0 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 1.540.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen – sohin einstimmig – angenommen.

Die Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 229.000,-- und Gesamtausgaben von € 6.175.200,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen – sohin einstimmig – angenommen.

Die Gruppe 1 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 100.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen – sohin einstimmig – angenommen.

Die Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 299.998.800,-- und Gesamtausgaben von € 366.599.800,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 2 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 5.959.800,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 7.494.200,-- und Gesamtausgaben von € 41.572.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 3 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 2.460.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne – sohin einstimmig – angenommen.

Die Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 320.411.400,-- und Gesamtausgaben von € 405.246.000,--- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 4 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 1.260.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 253.150.400,-- und Gesamtausgaben von € 427.975.400,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 5 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 13.185.800,-- und Gesamtausgaben von € 17.430.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne – sohin einstimmig – angenommen.

Die Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 56.218.300,-- und Gesamtausgaben von € 92.580.400,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 6 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 168.100,-- und Gesamtausgaben von € 17.272.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 2.794.200,-- und Gesamtausgaben von € 68.607.100,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 7 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamtausgaben von € 2.670.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen – sohin einstimmig – angenommen.

Die Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 3.899.500,-- und Gesamtausgaben von € 1.732.100,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen – sohin einstimmig – angenommen.

Die Gruppe 8 des außerordentlichen Haushaltes enthält weder Einnahmen noch Ausgaben.

Die Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 770.838.300,-- und Gesamtausgaben von € 136.809.400,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gruppe 9 des außerordentlichen Haushaltes mit Gesamteinnahmen von € 36.188.200,-- und Gesamtausgaben von € 850.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gesamtsummen des ordentlichen Landesvoranschlages 2007 mit Einnahmen und Ausgaben von je € 1.761.804.600,- werden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Die Gesamtsummen des außerordentlichen Landesvoranschlages 2007 mit Einnahmen und Ausgaben von je € 49.542.100,- werden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – angenommen.

Nach Abschluss der Beratungen über das Landeshaushaltsgesetz und den Haushaltsplan wird der von der FPÖ eingebrachte Entschließungsantrag in der vom Ausschuss modifizierten Weise einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Dieser lautet:

"Die Landesregierung wird ersucht, dem Landtag bis zum 30. September 2007 einen konkreten Maßnahmenplan zur Beseitigung des strukturellen Defizits vorzulegen."

Über diese Ausschuss-Entschließung werden die Landesregierung und die Landesverwaltung gesondert informiert.

Die Grünen bringen einen Ergänzungsantrag zur Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes hinsichtlich der Parteienförderung aus dem Titel von Bundesratsmandaten ein.

Abg. Mag. Apeltauer (SPÖ) † vermerkt, dass die Position der SPÖ zum Parteienförderungsgesetz bekannt sei. Die SPÖ habe sich für Kürzungen ausgesprochen und sei diesbezüglich gesprächsbereit.

Dieser Abänderungsantrag wird nach Abschluss der Beschlussfassung über den Landesvoranschlag von den Ausschussmitgliedern der SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen der FPÖ und der Grünen – sohin mehrstimmig – abgelehnt. Damit bleibt dieser Antrag unwirksam und hat auf das Gesetzesvorhaben keinen Einfluss.

Der Finanz- sowie der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellen

- hinsichtlich des Landeshaushaltsgesetzes 2007, 1. Abschnitt (Artikel I. bis XI.) mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig – und
- hinsichtlich des Landeshaushaltsgesetzes 2007, 2. Abschnitt (Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes) mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den grünen – sohin

einstimmig – und

- hinsichtlich der Punkte 2. bis 4.3 der zitierten Vorlage der Landesregierung (Nr 131 der Beilagen) mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen – sohin einstimmig –

den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende ordentliche und außerordentliche Landesvoranschlag, das Landeshaushaltsgesetz für das Jahr 2007 sowie eine Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes werden zum Beschluss erhoben.
2. Die dem Landesvoranschlag angeschlossenen Fondsvorschläge der Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit werden ebenfalls genehmigt.
3. Der Auflösung der Beteiligung des Landes Salzburg an der Zukunft Land Salzburg AG zum Nominale von € 10 Mio wird zugestimmt.
4. Die Landesregierung wird gemäß Art 48 Abs 1 L-VG ermächtigt, für Darlehen der Salzburger Landeskliniken Betriebsgesellschaft mbH (SALK), die für Zwecke der Durchführung von Investitionen im Rahmen des jeweils von der Landesregierung genehmigten Investitionsplanes aufgenommen werden, die Haftung zu übernehmen. Von dieser Ermächtigung darf nur insoweit Gebrauch gemacht werden, als
 - 4.1 die Höhe der Investitionen insgesamt und in Bezug auf die einzelnen Investitionsmaßnahmen von der Landesregierung genehmigt sind,
 - 4.2 die Investitionen nicht durch Rücklagen, Investitionszuschüsse des Salzburger Gesundheitsfonds (SAGES), durch Investitionszuschüsse des Landes oder sonstige Einnahmen abgedeckt werden können und

4.3 die Bedienung der Darlehen (Zinsen und Tilgung) durch die SALK im Rahmen ihres jährlichen Gebarungsergebnisses erfolgt.

Salzburg, am 29. November 2006

Die Vorsitzende
des Finanzausschusses:

Wanner eh

Der Vorsitzende des
Verfassungs- und
Verwaltungsausschusses:
Kosmata eh

Die Berichterstatterin:
Mosler-Törnström eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 13. Dezember 2006:

Der Antrag wurde hinsichtlich des Landeshaushaltsgesetzes 2007, 1. Abschnitt (Artikel I. bis XI.) mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der Grünen – sohin mehrstimmig –, hinsichtlich des Landeshaushaltsgesetzes 2007, 2. Abschnitt (Änderung des Salzburger Parteienförderungsgesetzes) mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen – sohin einstimmig – und hinsichtlich der Punkte 2. bis 4.3 der zitierten Vorlage der Landesregierung (Nr 131 der Beilagen) mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und den Grünen – sohin einstimmig – zum Beschluss erhoben.